

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis im Monat einschließlich Bringerlohn 1.35 RM., bei Selbstabholung 1.25 RM. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 4.05 RM., für 1 Monat 1.35 RM. (Postgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.). — Feldpost unter Kreuzband monatlich 1.35 RM. Postcheckkonto Nr. 53 477.

Redaktion:
Leipzig, Lauhaer Straße 10/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig.
Fernsprecher: 19093.

Inserate kosten die 7gespaltene Zeile oder deren Raum 30 Pfg., bei Plagvorschritt 35 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Belegen von Prospekten ist bei der Gesamtauflage 4. — RM. jedes Tausend, bei Teilaufgabe 5. — RM. — Schluß der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer früh 9 Uhr. — Postcheckkonto Nr. 53 477.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Lauhaer Straße 10/21, Fernsprecher: 4506 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Zensurfragen im Hauptauschuß des Reichstags.

Rußland und die Ukraine.

Am 20. Januar hatte Wolffs Bureau verkündet, daß in den Verhandlungen zwischen den Delegationen der Mittelmächte und der ukrainischen Volksregierung eine Einigung erzielt worden sei; damit sei es zum ersten Male in diesem welterschütternden Kriege gelungen, die Grundlagen zur Herstellung des Friedens zustande zu bringen. Auf diese Meldung hat die russische Regierung mit einem Schreiben an die ukrainische Delegation geantwortet, worin ihr das Recht abgesprochen wird, im Namen der ukrainischen Republik zu sprechen. Bei diesem Protest hat es aber die russische Regierung nicht bewenden lassen; wie wir gestern meldeten, sind von Charkow, dem Sitze der ukrainischen Sowjets, Abteilungen gegen die Truppen der Rada von Kiew ausgezogen und haben diese vollkommen geschlagen. Neben Charkow befindet sich jetzt auch Wodawa, die Hauptstadt des gleichnamigen ukrainischen Gouvernements, in der Macht der Sowjets. Ob diese auch in stande sind, bis nach Kiew vorzudringen, ist noch nicht vorauszusehen. Wenn es der russischen Regierung gelingt, auch in der Ukraine ihren Einfluß zum herrschenden zu machen, so ist das bisherige Ergebnis der Friedensverhandlungen zwischen den Mittelmächten und der Rada von Kiew wertlos geworden. Die russische Regierung scheint jedenfalls die Erwartung zu haben, daß auch die Ukraine sich dem Einfluß der Sowjets unterstellen wird. Das beweist schon die Tatsache, daß die Arbeiter- und Soldatenräte in Charkow zwei Bevollmächtigte nach Breit-Litowsk entsandt haben, die von der russischen Delegation als Mitglieder aufgenommen worden sind.

In der bürgerlichen Presse Deutschlands und auch in regierungsozialistischen Blättern war die Meldung von dem bevorstehenden Abschluß mit der Rada von Kiew mit besonderer Freude aufgenommen worden. Diese Freude wird es jetzt höchstwahrscheinlich nicht an Vorwürfen gegen die Bolschewiki fehlen lassen, die angeblich dieses Friedenswert zu durchkreuzen suchen. Der scharfe Gegensatz zwischen den Sowjets und der Rada von Kiew beruht vor allem auf der Tatsache, daß die Rada die konterrevolutionären Kräfte in Rußland unterstützt, und daß sie den Aufschwung Kaledins ihren Beistand gegeben hat. Man wird ferner nicht fehlgehen in der Annahme, daß die Rada von Kiew, je mehr sie an Einfluß und Macht gewonnen hätte, einen um so stärkeren Rückhalt allen konterrevolutionären Kreisen in Rußland gegeben hätte. Ein Sonderfrieden mit der Ukraine würde also keineswegs das Zustandekommen eines allgemeinen Friedens gefördert haben, er hätte eher noch die konterrevolutionären Kräfte in Rußland gestärkt und damit den kriegsverlängernden Kreisen in der Entente neue Hoffnungen eingebläht.

Die deutsche regierungsozialistische Presse entrüstet sich jetzt schon heftig darüber, daß die Bolschewiki die Konstituante wieder aufgelöst habe. Uns fehlt es an Material, um die Beweggründe der russischen Regierung beurteilen zu können; so lange wir das nicht haben, können wir sie aber auch nicht verurteilen. Eine regierungsozialistische Korrespondenz ist jedoch schneller fertig mit dem Wort. Es heißt in einem von ihr an die abhängige Provinzpresse verschickten Artikel:

Die Bolschewiki haben mit dem Gewaltstreik gegen die ordnungsgemäß gewählte Vertretung des russischen Volkes dem Parlamentarismus und dem Sozialismus einen schlichten Dienst geleistet. Sie haben den Reaktionsären und Gegnern des demokratischen Parlamentarismus in allen Ländern eine Waffe in die Hand gegeben, die von diesem sicher nicht unbenutzt gelassen wird. Es ist schon aus diesem Grunde unbedingt geboten, daß die sozialdemokratischen Parteien aller Länder keinen Zweifel darüber lassen, wie wenig die Regierungsmethoden der Bolschewiki und insbesondere der von ihnen durchgeführte Staatsstreik ihren eigenen Anschauungen und den Anschauungen des Sozialismus entspricht.

Es wirkt erheitend, wenn man deutsche Regierungsozialisten in dieser Weise reden hört. Wer die Anschauungen des Sozialismus in die Tat umsetzt, wer mit seinen Handlungen dem Parlamentarismus und dem Sozialismus den besten Dienst geleistet hat, ob die russischen Bolschewiki oder die deutschen Regierungsozialisten, darüber wird die Geschichte ihr Urteil fällen. Gewagt ist es aber von der regierungsozialistischen Presse auf jeden Fall, die sozialdemokratischen Parteien aller Länder als Kronzeugen gegen die Bolschewiki aufzurufen!

Abreise der bulgarischen Unterhändler nach Sofia.

Sofia, 23. Januar. (W. Z. B.) Infolge Verlegung der Verhandlungen in Breit-Litowsk werden die bulgarischen Delegierten, Justizminister Porow und der Botschaftsrat in Budapest Stoinowitsch übermorgen, in Sofia eintreffen, um der Regierung Bericht zu erstatten und Instruktionen entgegenzunehmen. Der bevollmächtigte Minister Kuffew, gleichfalls Mitglied der bulgarischen Delegation, ist vorgestern hier angekommen.

Der Verlauf der Streikbewegung in Oesterreich.

Da wir zur Zeit nicht in der Lage sind, eigene Berichte über die Lage in Oesterreich-Ungarn veröffentlichen zu können, so unterbreiten wir unsern Lesern heute einige Darstellungen aus der bürgerlichen Presse und des Anarchischen Korrespondenzbureaus. Auf Vollständigkeit und Objektivität können diese Berichte allerdings keinen Anspruch erheben.

Wien, 21. Januar.

Die von uns gestern gegebenen Mitteilungen über die Vorgänge in Oesterreich-Ungarn werden jetzt in der Berliner Presse bestätigt und ausführlich geschildert. Es zeigt sich, daß die Bewegung aus kleinen Anfängen sich schnell zu einem Massenstreik von ungewöhnlichem Umfang entwickelt hat.

Ursprünglich mit Ernährungsfragen motiviert, zeigte die Bewegung alsbald ihre politischen Forderungen. Es handelte sich um die von den weiten bürgerlichen Schichten unterstützte Forderung der Arbeiterschaft nach der Sicherstellung eines baldigen amexionslosen Friedens. Am Sonntag ist es nach mehrstündigen Verhandlungen mit verschiedenen Regierungsstellen zu einer Einigung gekommen, wobei den Wünschen der Arbeiter in weitem Umfang Rechnung getragen worden ist.

Am Morgen des 14. Januar entstand unter der österreichischen Arbeiterschaft eine lebhafteste Bewegung, die noch im Laufe des Tages zur Einstellung der Arbeit in zahlreichen Kriegsbetrieben führte. Die Bewegung nahm ihren Ausgang von Wiener-Neustadt, wo Deputationen zu den Behörden und den Leitern der Kriegsbetriebe gegen die Verabschaffung der Mehlquote protestierten. Da die Antworten auf diese Proteste nicht befriedigten, haben die Vertrauensmänner noch am selben Tage die Parole aus, die Arbeit niederzulegen. Als erste schlossen sich Arbeiter von den Daimler-Motorenwerken in Wiener-Neustadt, die Arbeit ein, ihnen schlossen sich alle übrigen Betriebe von Wiener-Neustadt, die sehr umfangreich sind, noch im Laufe des Tages an. Dienstmittag griff der Streik auf die Wiener Betriebe über. Während des Schichtwechsels, um 1 Uhr, versammelten die Hauptvertrauensmänner die Arbeiterschaft um sich und teilten ihnen mit, daß von nun an die Arbeit ruhe. Es wurde die Parole ausgegeben, ohne Kränze, Krängebunden den Arbeitsplatz zu verlassen, Apparate und Maschinen zum Stehen zu bringen und jeden Morgen um 7 Uhr die Betriebe aufzusuchen, um nach einer neuen Parole zu fragen.

So ruhten bereits Dienstagabend die Werke in Favoriten, Margareten, Hühnerhaus und Floridsdorf. In Dittaring wurde der Streik erst Mittwoch früh organisiert. Im Laufe des Mittwochschloßen sich zahlreiche Wiener Privatbetriebe der Streikbewegung an. Donnerstag verhinderte die Wiener Arbeiterschaft der Wiener Hofoper die Vorstellung, indem sie erzwingt, daß das Publikum nach Hause geschickt werden mußte. Am Freitag war Wien bereits ohne Licht, und kein Theater verfuhrte mehr zu spielen. Freitagmittag wurde der Straßenbahnverkehr eingestellt, und am Freitagmittag sind die letzten Zeitungen in Wien erschienen.

Sonabend früh erschien im Verlag der Wiener Arbeiterzeitung ein zwei Seiten umfassendes Mitteilungsblatt an die Arbeiterschaft. Auf der ersten Seite des Mitteilungsblatts waren folgende vier Punkte festgelegt, die lauten: 1. Es wird gefordert, daß die Regierung die

Verhandlungen in Breit-Litowsk

von keinerlei territorialen Zugeständnissen der Russen abhängig macht, daß die Regierung die Vertrauensmänner der Arbeiter über den Stand der Verhandlungen freimittig unterrichtet, sie ständig über die Verhandlungen auf dem Laufenden hält und ihnen den gebührenden Einfluß auf den Gang der Verhandlungen nicht versagt; 2. daß die Regierung einer prinzipiellen Reorganisation des Versorgungsdienstes, insbesondere der Gleichstellung der Selbstversorger mit der übrigen Bevölkerung zustimmt; 3. daß die Regierung, die unverzügliche Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts für die Gemeindevertretungen zugesagt und 4. daß sie der Aufhebung der Militarisierung der Betriebe keinerlei Schwierigkeiten in den Weg legt.

Die Auslandsbewegung blieb nicht auf Niederösterreich beschränkt, sondern dehnte sich am Donnerstag und Freitag auch auf Steiermark, Böhmen und Mähren aus. Auch in Graz, Brünn und Prag wurde der Straßenbahnverkehr eingestellt und es entstand dieselbe Auslandsbewegung, die sich beinahe zu einem Generalstreik auszuwuchs.

Die Regierung führte mit den Arbeitervertretern dauernd Verhandlungen, wobei die Regierung durch den Minister des Innern, Grafen Toggenburg, vertreten wurde. Toggenburg hielt beim Erscheinen der Deputation der Arbeiterschaft eine Rede, in der er ver-

sicherte, daß Graf Czernin gegen jede Annexion sei. Auch beim Ernährungsminister, Grafen Hüfer, erschienen wiederholt Arbeiterdeputationen. Auch dieser Minister stellte im übrigen im Einvernehmen der Arbeiterschaft durch ein Protokoll fest, daß die Ernährungsfragen zweiter Ordnung gewesen wären, und daß der Arbeiterschaft vor allem der schnelle Abschluß eines Friedens am Herzen läge.

Es wurden dann die Verhandlungen am Sonntag vom Grafen Czernin, der mittlerweile in Wien eingetroffen war, aufgenommen. Graf Czernin legte vor allem Gewicht darauf, daß die Zeitungen wieder erscheinen, damit beunruhigten Gerüchten entgegenzuwirken werde.

Es sind relativ nur wenige Ausbreitungen vorgekommen, wenn man bedenkt, daß in den letzten Tagen meist eine Arbeitermenge von einer halben Million Auszubildiger in Wien allein ständig auf den Beinen war.

In Budapest breitete sich die Bewegung weit schneller aus als in Wien. Dort wurde am Freitagmorgen der Generalstreik proklamiert und auch der Straßenbahnverkehr eingestellt. Nur die Zigar- und Drucker waren am Freitagabend noch nicht im Ausstand, sondern stellten noch die Morgenblätter vom Sonnabend her. Durch eine Zensurbestimmung durften jedoch die Sonnabendmorgenblätter lediglich über die Streiks in Oesterreich berichten, aber kein Wort über den Budapestener Generalstreik sagen. Daraufhin stiftete der Parteivorstand der ungarischen Sozialdemokratie das weitere Erscheinen der Blätter.

Wien, 21. Januar.

Der Streik in Wien und Oesterreich geht deutlich seinem Ende entgegen. Fast überall ist die Arbeit schon heute früh aufgenommen worden, nur die Arbeiter des Arsenalis und die Straßenbahner im 17. Bezirk haben heute noch gestreikt, es ist aber wahrscheinlich, daß sie morgen dem Beispiel ihrer Genossen folgen werden. Auch in Budapest trat im Laufe des heutigen Tages Ruhe ein; die Verhandlungen wurden im wesentlichen auf der Wiener Grundlage erledigt. Außerdem erzielten die Arbeiter vom Ministerpräsidenten Weterle die Zusage, daß die Wahlreform unverzüglich in Angriff genommen werde und daß, falls die Partei Lijas diese Reform verhindern wolle, das Parlament aufgelöst und Neuwahlen ausgeschrieben würden. Im allgemeinen verlief die Streikbewegung in ganz Oesterreich ruhig und würdig; nur in Kratalau kam es zu Störungen. Aber auch hier wurde, ehe das Militär einschritt, die Ruhe hergestellt.

Wien, 22. Januar.

Nach Beschluß der Parteileitung vom Sonntag hätte gestern in allen Betrieben die Arbeit wieder aufgenommen werden sollen. Dieser Aufforderung ist nicht vollkommen Folge geleistet worden. Wohl kehrte ein Teil der Arbeiterschaft zurück, in den großen Betrieben aber, in Favoriten, Simmering und Floridsdorf und zum Teil in der Brigittenau, ruhte auch gestern die Arbeit. Ein großer Teil der Arbeiterschaft, besonders jener, der von den Habitaten geführt wird, gibt sich mit dem Ergebnis nicht zufrieden und verläßt, auf eigene Faust den Streik fortzusetzen. In der gestrigen Versammlung wurden unter der Arbeiterschaft Aufrufe verteilt, die geradezu blutdürstige Angriffe gegen die offizielle Parteileitung enthielten. Gestern arbeiteten ungefähr 60 Prozent. Man hofft, daß es gelingen wird, heute die Arbeit in allen Betrieben aufzunehmen. Die Ruhe wurde nirgends geübt. (Voll. Zeitung.)

Der Wiener Ausstand.

Es ist nicht möglich, offen über das zu sprechen, was in Wien und Niederösterreich sich in diesen Tagen ereignet hat. Wir beschränken uns daher darauf, einiges Tatsächliche aus der Niederösterreichischen Chronik dieser Tage wiederzugeben:

Drei Tage lang war Wien sozusagen eine tote Stadt. Ausstand in allen Betrieben. Drei Tage lang keine Zeitungen außer der Arbeiterzeitung. Man kann sich denken, mit welcher Sachlichkeit und Unparteilichkeit die dem öffentlichen Gewissen dienende. Mit einer Art kleinen Putzschiff hatte die Sache vor acht Tagen angefangen, bei den Daimler-Motoren in Wiener-Neustadt, wo ein einzelner Arbeiter ein paar hundert Kameraden zum Streifen gebracht hatte. Doch wie ein Lauffeuer war diese Bewegung von Bezirk zu Bezirk, von Ort zu Ort gelangt und hatte in drei Tagen in ihren Hauptzentren die Hauptstadt und die Provinz ergriffen. Am Donnerstag fanden die großen Munitionsbetriebe bei Wien still. Hütten- und Eisenwerke. Hunderttausende schlossen sich zu riesigen Versammlungen zusammen. Man schloß sich die Gewerbetreibenden der Weststadt an. Alle Schneider und Schuhmacher, auch die meisten Kleidermacher und die eleganten Firmen der inneren Stadt schlossen ihre Türen. Niemand konnte mehr Wäsche waschen lassen. Vor allem mußte diese zeitungslose Stadt drei Tage lang auf jede Zeitung verzichten und sich mit kurzen Mitteilungen begnügen, die die allein noch druckende Arbeiterzeitung für ihre Partei ausgab. Von der Parteileitung der Sozialdemokratie ist dieser Streik am zweiten Tage offenbar aufgegeben worden. Aber dahinter stand eine andre Macht, die wieder diese Macht trieb und gefährdete. Das war die vorerst noch keine Partei der Maximalisten, die sich zwar hier noch nicht wie in Deutschland von der Mutterpartei unabhängig erklärt hatten, die aber in ihrer Wochenschrift Der Kampf und namentlich auch in ihrem Münchner Friedrich Adler wachsende Mittel der Propaganda besaßen. Dr-